

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48

## Teilhabe, Inklusion, Vielfalt.

Wir sind eine Liste aus Menschen mit Behinderung, Angehörigen und Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich mit dem Thema Behinderung zu tun haben. Das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung und von Menschen, die von Benachteiligungen betroffen sind, steht für uns daher im Vordergrund.

Wir möchten Menschen vertreten, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben oder machen, deren Stimme oft zu wenig Gehör im politischen Spektrum findet und die Ihren Interessen noch nicht durch Ihre Wählerstimme Ausdruck verleihen können oder die überhaupt keine Wählerstimme haben.

Unsere Forderungen speisen sich daher hauptsächlich aus den Problemen, denen Menschen mit Behinderung oder anderen Teilhabebehindernissen tagtäglich ausgesetzt sind.

*Denn behindert ist man nicht, behindert wird man.*

Die Erfahrung des ‚Behindert Werdens‘ bedeutet ausgeschlossen zu sein. Daher ist umfassende Teilhabe die Perspektive mit dem wir an viele Bereiche unserer Stadt herangehen und die Beteiligung von allen Menschen stärken müssen: Teilhabe von Menschen mit wenig Geld, mit wenig Zeit, mit wenig Bildung, oder Teilhabe für Menschen die nicht wählen dürfen, dies schließt auch Menschen mit Fluchterfahrung ein, die, wenn sie zudem eine Behinderung haben, doppelt gefährdet sind, ausgeschlossen zu werden.

Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen ist unser Hauptanliegen. Diese herzustellen sehen wir als Ziel der gesamten Gesellschaft. Niemand darf aufgrund ihrer/ seiner Behinderung, sexuellen Identität, des Alters, religiösen Ansichten oder Weltanschauung oder Herkunft benachteiligt werden.

*In der Freiburger Kommunalpolitik spielt das Thema Teilhabe und Inklusion nicht die Rolle, die wir uns wünschen.*

Im Jahr 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben und sich dazu verpflichtet, diese in geltendes Recht umzusetzen. Seither ist einiges passiert, aber bei Weitem noch nicht genug. Bei der Staatenprüfung durch die Vereinten Nationen 2015 wurde Deutschland für die schleppende Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung gerügt. Bei der aktuell laufenden zweiten Staatenprüfung dürfte das Ergebnis kaum besser ausfallen. Auch in Freiburg hat sich seit 2009 einiges zum Besseren gewendet, dennoch stehen wir immer noch erst am Anfang bei der Umsetzung.

Menschen mit Behinderung werden vielseitig strukturell benachteiligt. Unser Ziel ist es, auf solche strukturellen Benachteiligungen aufmerksam zu machen und sie bei künftigen Entscheidungen zu verhindern. Dies bedeutet in erster Linie viel Sensibilisierungsarbeit für die Anliegen benachteiligter Menschen, stadtplanerische Entscheidungen aktiv mitzugestalten, bestehende Strukturen auf ihre Teilhabemöglichkeiten zu prüfen und in deren Sinne zu verbessern.

Wir möchten alle politischen Entscheidungen, welche in Freiburg getroffen werden, konsequent an den Leitgedanken der Teilhabe und der Inklusion ausgerichtet sehen. Alle Entscheidungen sollen auf deren inklusive Ausrichtung geprüft werden zur Schaffung der Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

49 Inklusion oder Teilhabe als fester Bestandteil nachhaltiger und  
50 umweltfreundlicher Stadtentwicklung.

51

52 *Alle unsere Ziele dienen der gesamten Stadtbevölkerung.*

53

54 Wir alle werden älter und profitieren irgendwann von einer barrierefreien Stadt. Ein attraktiver  
55 öffentlicher Nahverkehr, den alle Menschen gleichermaßen nutzen können, entlastet die Umwelt, hält  
56 gesund sowie die Luft sauber und trägt zum Erreichen der Klimaziele bei.

57 Inklusive Wohnquartiere sorgen für kurze Wege, eine hohe Aufenthaltsqualität und für eine hohe  
58 Lebensqualität aller Bewohner\*innen.

59 Inklusiv gestaltete kulturelle Angebote erschließen völlig neue Besuchergruppen und steigern  
60 insgesamt die Akzeptanz und die Attraktivität kultureller Angebote.

61 So sind beispielsweise Übersetzungen in Leichte Sprache nicht nur für Menschen mit  
62 Lernschwierigkeiten wichtig, sondern auch für Menschen mit einer anderen Muttersprache als  
63 Deutsch. Selbst für Menschen ohne Beeinträchtigungen ist beispielsweise Verwaltungssprache häufig  
64 schwierig zu verstehen.

65

66

## 67 Quartiere ohne Barriere

68

69 Wir unterstützen das Positionspapier des Freiburger Behindertenbeirats zu einer inklusiven  
70 Quartiersentwicklung in allen Punkten. Im Folgenden übernehmen wir dessen Leitlinien. Auf der  
71 Grundlage der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ergibt sich für ein inklusives  
72 Quartier folgendes Leitbild:

73

### 74 In einem inklusiven Quartier...

75 1. leben Menschen mit und ohne Behinderung aller sozialen Milieus, gleichberechtigt und  
76 selbstbestimmt in Nachbarschaften zusammen.

77 2. gibt es unterschiedliche Wohnformen für alle, z.B. Mehrgenerationenhäuser, inklusive  
78 Wohngemeinschaften, individuelles Wohnen mit Assistenz, Wohnen in Hausgemeinschaften und  
79 Wahlverwandtschaften. Das bedeutet, Menschen mit Behinderung entscheiden selbst, wo und mit  
80 wem sie leben. Sie sind nicht verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben.

81 3. ist der öffentliche Raum barrierefrei und sicher für alle Bewohner\*innen zugänglich und nutzbar.  
82 Das umfasst Straßen, Wege und Plätze, öffentliche Gebäude und den öffentlichen Frei- und  
83 Grünraum. Barrierefreiheit wird dabei als Grundlage für Inklusion gesehen.

84 4. ist der Verkehrsraum und oder öffentliche Nahverkehr auf die Belange der Einzelnen eingerichtet  
85 und so gestaltet, dass alle Menschen daran teilhaben können.

86 5. sind alle Gebäude und das Wohnumfeld barrierefrei zugänglich und nutzbar, um die Bildung von  
87 Nachbarschaften zu ermöglichen und ausreichend barrierefreien Wohnraum nach der  
88 Landesbauordnung zur Verfügung zu stellen.

89 6. ist die gemeinsame und öffentliche Infrastruktur barrierefrei. Alle öffentlichen Gebäude,  
90 Dienstleister, Bildungseinrichtungen, Kulturangebote, Nahversorger, medizinischen Dienste und  
91 Handelnde in der Infrastruktur des Quartiers sind barrierefrei nutzbar und inklusiv angelegt.

92 7. erleichtern kurze Wege zwischen allen Lebensbereichen die gesellschaftliche Teilhabe.  
93 Infrastruktur und Frei- und Grünräume sind dezentral angelegt, um lange Wege zu vermeiden. Ihre  
94 Nutzung ermöglicht Kontakt und Begegnung für alle.

95 8. arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung gleichwertig zusammen. Nahversorgende und  
96 Dienstleistende sind Betriebe, die als Inklusionsbetriebe Arbeits- und Ausbildungsplätze für  
97 Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen.

98 9. berücksichtigt die Vergabestruktur der Grundstücke die Bedürfnisse der späteren Bewohner\*innen  
99 und erfolgt nach sozialen Kriterien. Inklusionsbetriebe und inklusive Hausgemeinschaften erhalten  
100 Vorrang vor traditionellen Investoren.

101 10. kann jede\*r das Bildungsziel erreichen, das ihrem/ seinem Potential entspricht.

102

## 103 Wohnen ohne Barriere

104

105 Wir wollen barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum.

106

107 Menschen mit Behinderung, und das sind wir alle ab einem gewissen Alter, wenn wir keine  
108 Treppenstufen mehr steigen können, werden durch horrenden Mieten doppelt benachteiligt. Gerade  
109 auch, weil der Umzug in eine kleinere und barrierefreie Wohnung meist mit einer Steigerung der  
110 Mieten verbunden ist

111

112 Barrierefreie Wohnungen finden sich auf dem freien Wohnungsmarkt meist nur zum Kauf. Menschen  
113 mit Behinderung verfügen in der Regel nicht über die finanziellen Mittel eine Wohnung zu kaufen,  
114 da Regelungen im Sozialgesetzbuch das Ansparen des notwendigen Vermögens verbieten. Deshalb  
115 sind sie doppelt benachteiligt und finden keine Wohnung in Freiburg. Der Bestand im Sozialen  
116 Wohnungsbau an barrierefreien Wohnungen reicht bei Weitem nicht aus.

117

118 Wir fordern deshalb:

- 119 • Hilfe für private Vermieter\*innen beim Aus- und Umbau von Wohnraum um diesen  
120 Barrierefrei zu gestalten. Dabei den Denkmalschutz unter den Anforderungen an ein  
121 zeitgemäßes und inklusives Wohnen bewerten.
- 122 • Wohnungstauschbörse für alte Menschen mit Hilfe beim Umzug. Ältere Menschen kommen  
123 oftmals aus ihren großen Wohnungen ohne Aufzug nur noch schlecht raus, während junge  
124 Familien eine große günstige Wohnung brauchen.
- 125 • Neue Wohnungen der Stadtbau und aller Anbietenden sollen barrierefrei entstehen, zumindest  
126 im Erdgeschoss, Bestenfalls aber über mehrere Stockwerke verteilt, da nicht jede\*r im  
127 Erdgeschoss wohnen möchte.
- 128 • Flächen für die Nachrüstung eines Aufzugs vorsehen, wenn dieser nicht gleich eingebaut  
129 wird.
- 130 • Mehr Pflege- WGs und andere flexiblere Wohnkonzepte für Menschen mit schwerer  
131 Behinderung.
- 132 • Ausbau des Konzepts Wohnen für Hilfe.
- 133 • Förderung von Selbstbestimmten Wohnformen wie Genossenschaften und Ermutigung neuer  
134 Genossenschaften sich zu gründen.
- 135 • Förderung von Mehrgenerationenwohnen.
- 136

137 Verkehr ohne Hindernisse

138

139 Öffentlicher Nahverkehr

140 Die Freiburger Straßenbahn ist zwar bequem und bald auch barrierefrei, aber sie erreicht lange nicht  
141 alle Stadtteile. Sie ist zudem bereits viel zu oft überlastet und nicht in der Lage, alle Bedürfnisse zu  
142 befriedigen.

143

144 Oft müssen Rollstühle oder Kinderwagen draußen bleiben, weil in den Stoßzeiten schlicht kein Platz  
145 für sie ist. Da die Kapazitätsgrenzen nicht ewig ausgeweitet werden können, müssen wir beginnen,  
146 umfassender zu denken und neben dem Verkehrsmittel Straßenbahn auch weitere Angebote schaffen.

147

148 Wir wollen dafür auch neue Verkehrsmittel in den Angebotsmix einbinden, etwa selbstfahrende  
149 Busse zur Erschließung von Quartieren oder Seilbahnen zur Erschließung von Lücken oder  
150 Überwindung schwierigen Terrains, wie es gerade in der Region Frankfurt und Stuttgart geprüft wird.

151

152 Aktuell dauert eine Fahrt von Munzingen in die Freiburger Innenstadt mit Bus und Straßenbahn so  
153 lange, wie eine Fahrt von Offenburg nach Freiburg mit dem Zug. Die Tuniberggemeinden müssen  
154 näher an die Stadt rücken und schneller mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar werden.

155

156 Wir wollen die Gewerbegebiete, in denen tausende Menschen arbeiten und immer noch  
157 gezwungenermaßen mit dem Auto pendeln, umfassender an den öffentlichen Nahverkehr  
158 anschließen.

159

160 Ein weiterer Aspekt der Teilhabe ist die finanzielle Teilhabe am öffentlichen Nahverkehr, nicht jede\*r  
161 kann zu jeder Jahreszeit mit dem Rad fahren.

162

163 Wir fordern deshalb:

- 164 • Eine massive Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs und schnellerer Ausbau der  
165 barrierefreien Bushaltestellen. Wir wollen dazu auch private Initiativen und Unternehmen  
166 einbinden, die zum Beispiel mit Sammeltaxen, auch außerhalb der gängigen Routen und  
167 Zeiten, Menschen sicher und schnell ans Ziel bringen. Als Vorbild können Angebote wie  
168 Moia in Hannover oder Kutsibus in Helsinki dienen.

- 169 • Mit einem ähnlichen Konzept ließen sich Fahrgemeinschaften von und zur Arbeit sehr einfach  
170 organisieren und dadurch viele Einzelfahrten mit dem Auto verhindern.
- 171 • Eine zügige Erschließung St. Georgens mit der Straßenbahn. Sollte dies finanziell oder  
172 planerisch nicht darstellbar sein, möchten wir, dass alternative Konzepte geprüft werden.
- 173 • Eine Reduktion der Kosten für eine Regiokarte.
- 174 • Direktanbindung des Rieselfelds an die Innenstadt, da dieses durch die neue Linienführung  
175 nicht mehr umsteigefrei mit der Innenstadt verbunden ist.

176  
177 Wir sind offen für Konzepte des fahrscheinfreien Nahverkehrs, sehen aber bei einer solchen  
178 grundsätzlichen Änderung Diskussionsbedarf in der Stadt. Gegebenenfalls müsste vor einer  
179 dauerhaften Einführung ein Bürgerentscheid die notwendige Legitimation herstellen.

180

#### 181 Fußverkehr:

182 Alle Verkehrsteilnehmende sind auch immer Zufußgehende.

183 Wir fordern eine konsequente Bevorzugung des Fußverkehrs.

184

185 Wir fordern Gehwege auf mindestens 1,5 Meter, an größeren Straßen auf 2,5 Meter zu verbreitern  
186 und von Hindernissen, wie Mülltonnen am Abholtag, wild geparkten Fahrrädern und Autos,  
187 Schlaglöchern und Baumwurzeln, zu befreien.

188

189 Fußgängerampeln müssen für Blinde barrierefrei umgerüstet, und insbesondere so geschaltet werden,  
190 dass bei Überquerungen keine langen Wartephase entstehen. In Freiburg finden sich viele  
191 Kreuzungen, deren Überquerung für Zufußgehende viele Minuten in Anspruch nehmen kann.  
192 Ampeln an Haltestellen müssen so geschaltet werden, dass eine einfahrende Straßenbahn bequem  
193 erreicht werden kann. Dies ist auch ein Sicherheitsaspekt, um das hastige Überqueren einer Straße  
194 bei Rot, um die Bahn zu erreichen, zu verhindern. Kurze Wegebeziehungen für Zufußgehende  
195 müssen Priorität haben. Oft sind die kürzesten Wege für Zufußgehende nicht freigegeben und es  
196 werden ihnen lange Umwege zugemutet. In vielen Fällen führen kurze Wege durch nicht ausreichend  
197 beleuchtete Parkanlagen, über Parkplätze oder durch Wohnanlagen. In den Fällen, in denen die Stadt  
198 kein Wegerecht besitzt, soll sie dieses versuchen zu erwirken, sodass überall dort, wo kurze Wege  
199 ohne große Veränderungen geschaffen werden können, diese auch geschaffen werden.

200

201 Wir wollen das dauerhaft schadhafte Fußwege bevorzugt saniert werden, z.B. der Dorfbachweg in  
202 Vauban.

203

204 Zufußgehende sind immer die schwächsten Verkehrsteilnehmende, wir wollen das Privileg des  
205 Gehwegs schützen.

206

207 Sehbehinderte und erblindete, aber auch mobilitätseingeschränkte Menschen fühlen sich von  
208 Situationen mit gemischtem Verkehr oft bedroht und können dessen Gefahren nicht einschätzen.  
209 Daher müssen kombinierte Rad- und Fußwege konsequent getrennt werden.

210 Wir wollen ein Verbot von Kleinstfahrzeugen auf Gehwegen und keine neuen Begegnungszonen oder  
211 Shared Space Projekte. Neue Elektroroller oder Hoverboards haben nichts auf dem Gehweg verloren.  
212 Ihr Platz ist auf den Radwegen.

213

214 Elektrorollstühle, deren Höchstgeschwindigkeit bei 6 km/h liegt, sind die einzigen zu duldenen  
215 Fahrzeuge auf Gehwegen.

216

217 Wir fordern genauso viel Geld für Fuß- und Radwege auszugeben, wie für Autostraßen.

218

219 Die so verbesserte Infrastruktur führt zu weniger Automobilverkehr und ist ein Gewinn für alle  
220 Verkehrsteilnehmende.

221

## 222 Umwelt / Nachhaltigkeit

223

224 Der konsequente Ausbau und die Förderung innovativer neuer Konzepte des öffentlichen  
225 Nahverkehrs verbindet unsere Forderungen mit dem Thema Nachhaltigkeit. Der Bau von neuen,  
226 barrierefreien Wohnungen und die Sanierung von Bestandsbauten trägt ebenfalls nachhaltig zu einer  
227 besseren Klimabilanz bei.

228

229 Inklusive Quartiere sind gleichzeitig auch nachhaltige Quartiere. Durch kurze Wege, eine hohe  
230 Aufenthaltsqualität, Ruhezonen, Wohnen und Arbeiten im Quartier, lassen sich enorm viele CO2-  
231 Emissionen einsparen, die Luftqualität verbessern und ressourcenschonende Lebensweisen fördern.

232

233 Was wir hier unter der Überschrift Umwelt und Nachhaltigkeit fordern sind daher Positionen, die wir  
234 an anderer Stelle nicht völlig abgearbeitet haben. Viele Forderungen überschneiden sich. Menschen  
235 mit Behinderung und Menschen mit geringem Einkommen sind vom Klimawandel deutlich mehr  
236 betroffen als Menschen, welche sich eine Klimaanlage leisten können oder gesund sind.

237

238 Elektrorollstühle sind seit langem eine akzeptierte Form der E-Mobilität.

239

### 240 Wir fordern deshalb:

- 241 • Eine Ausweitung von Tempo 30, auch um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.
- 242 • Begrünung von Fassaden auch an bestehenden Gebäuden, gerade um das Stadtklima zu  
243 verbessern.
- 244 • Förderung des Holzbaus.
- 245 • Ausbau der Elektromobilität unter Beachtung der Sicherheit für andere  
246 Verkehrsteilnehmer\*innen, d.h. mit Warnton ausgestattete Elektrofahrzeuge.
- 247 • Mehr Solaranlagen.
- 248 • Barrierefreies Urban Gardening, etwa mit Hochbeten auch für Rollstuhlfahrende.
- 249 • Gemeinschaftsgärten, welche für Menschen mit Behinderung zugänglich sind.
- 250 • Kälteinseln für den Sommer.

251

## 252 Teilhabe am öffentlichen Raum für alle Nutzergruppen

253

254 Noch immer werden private gewerbliche Unternehmen in Deutschland nicht verpflichtet, ihre  
255 Räumlichkeiten barrierefrei zugänglich zu machen. Zu sehen ist dies an vielen Orten in der Freiburger  
256 Innenstadt, wenn vor Ladengeschäften Stufen den Zugang versperren oder Kneipen und Clubs im  
257 Keller ohne Aufzug residieren.

258

259 Wir setzen uns dafür ein, dass hier ein Umdenken stattfindet und dass auch die Stadt Freiburg ihren  
260 Teil dazu beiträgt, solche Geschäfte und gastronomische Einrichtungen barrierefrei zugänglich zu  
261 machen. Freiburg als wichtiges Ziel für den Tourismus, stünde eine Initiative für barrierefreie  
262 Zugänglichkeit gut an.

263

264 Für Menschen ohne festen Wohnsitz ist der öffentliche Raum besonders wichtig. Wir wollen diese  
265 nicht vertreiben, sondern ihnen durch Angebote der Prävention, Sozialarbeit sowie neue  
266 Wohnangebote bzw. den Ausbau bestehender Angebote eine Perspektive ermöglichen.

267

268 Viele, besonders ältere Menschen nehmen aus Angst vor vermeintlicher oder tatsächlicher  
269 Kriminalität nicht oder nur eingeschränkt am öffentlichen Leben teil. Sie fürchten sich etwa nachts  
270 alleine in der Stadt unterwegs zu sein oder Opfer von Gewalt zu werden.

271

## Teilhabe, Inklusion, Vielfalt

272 Menschen mit Behinderung sind aufgrund ihrer Situation häufiger Übergriffen von Gewalt im  
273 öffentlichen Raum ausgesetzt.

274

275 Wir fordern deshalb:

- 276 • Ein Konzept für barrierefreien Zugang zu Geschäften und Gastronomie, bezahlt durch die  
277 Touristenförderung.
- 278 • Umgestaltung der Innenstadt, so dass diese gut und sicher mit Rollstuhl, Rollator und für  
279 Personen ohne Augenlicht zugänglich ist, d.h. zeitnahe Umsetzung des Konzepts für eine  
280 barrierefreie Innenstadt, welches vom Gemeinderat bereits beschlossen wurde.
- 281 • Konsequente Kontrolle von Gehwegblockaden durch Cafés und Geschäfte durch das  
282 Ordnungsamt und den kommunalen Ordnungsdienst.
- 283 • Für die Umsetzung inklusiver Maßnahmen in den Quartieren, siehe Positionspapier des  
284 Behindertenbeirats für ein inklusives Quartier.
- 285 • Neue Wohnformen für Menschen ohne festen Wohnsitz fördern.
- 286 • Bessere Beleuchtung von Angsträumen und eine Stadtplanung die diese verhindert.
- 287 • Angsträume beleben, etwa durch Aktionen, Kunst, Kultur.
- 288 • Konflikte im Stadtraum durch künstlerische oder sozialarbeiterische Angebote und  
289 Beteiligung moderieren.
- 290 • Notrufmöglichkeiten für Gehörlose und Personen schaffen, die situationsbedingt nicht  
291 sprechen können, etwa über Messengerdienste oder ähnliches.
- 292 • Zielgruppenspezifische Präventionsangebote für ältere Menschen, Jugendliche und Menschen  
293 mit Behinderung.
- 294

## 295 Sport bringt zusammen – Freizeit verbindet

296

297 Wir setzen uns dafür ein, dass Sportanlagen und Freizeitangebote barrierefrei und inklusiv gestaltet  
298 werden. Wir möchten, dass Vereine und Anbieter\*innen für vorbildliche inklusive Maßnahmen  
299 besonders gefördert werden. Nachteilsausgleiche sollen besonders berücksichtigt, und im Einzelfall  
300 wohlwollend geprüft werden. Beispielsweise Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches  
301 Engagement, um Menschen mit einem höheren Betreuungs- oder Assistenzbedarf unbürokratisch zu  
302 unterstützen, sodass Sie niederschwellig an Freizeit- und Sportangeboten teilhaben können.

303

304 Wir fordern deshalb:

- 305 • Barrierefreie Nutzungsmöglichkeiten von Sport- und Freizeitangeboten durch entsprechende  
306 Um- und Ausbauten.
- 307 • Unkomplizierte Unterstützungsangebote für Vereine und Freizeitanbieter\*innen für höheren  
308 Betreuungsbedarf, um niederschwellige Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.
- 309 • Förderung innovativer Projekte, die mehr Teilhabe möglich machen.
- 310 • Etablierung inklusiver Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/ inklusiver  
311 Freizeitmöglichkeiten in jedem Stadtteil z.B. barrierefreie Spielplätze, naturnahe  
312 Erholungsstätten.

313

314

## 315 Kultur für Alle

316

317 Wir setzen uns dafür ein, dass auch das kulturelle Angebot für alle Menschen nutzbar wird.  
318 Maßnahmen wie Übersetzungen in Gebärdensprache, Audiodeskription, Mehrsinneprinzip bei  
319 Ausstellungen, Leichte Sprache, etc. sollen bei allen kulturellen Veranstaltungen der städtischen  
320 Einrichtungen Pflicht werden.

321

322 Wir fordern deshalb:

- 323 • Konsequente Audio-, Gebärden- und Texttranskription, Transkription in leichte Sprache bei  
324 kulturellen Ereignissen.
- 325 • Barrierefreie Angebote als Voraussetzung im Kulturbereich.
- 326 • Vielfältige museumspädagogische Angebote bei Ausstellungen, z.B. Für Menschen mit  
327 Lernschwierigkeiten und Menschen mit Demenz, sowie die Einbeziehung mehrerer Sinne in  
328 die Ausstellungskonzepte. Als Grundlage ist der Leitfaden für inklusive Museen zu nennen.
- 329 • Ausweitung der Angebote für Menschen mit Behinderung bei allen von der Stadt geförderten  
330 Kultureinrichtungen. Diese sollen Teil des Fördervertrags werden.
- 331 • Die Förderung der Teilhabe an Bildung und Kultur, durch ein Umdenken, wie wir Büchereien  
332 verstehen, öffnen und attraktiver machen und ihren Bildungsauftrag ausweiten, indem wir  
333 neue Zielgruppen erschließen.
- 334 • Büchereien sollen mit Jugendzentren und anderen Gruppen in der Stadt zusammenarbeiten.

335  
336

337 Bildung

338

339 Jedes Kind hat das Recht auf einen Platz in einer Regelschule in Quartiersnähe, zudem hat jedes Kind  
340 das Recht, sich die Schulform auszusuchen, die am besten zu ihr/ ihm passt. Dieses Recht wird in  
341 Deutschland noch längst nicht überall umgesetzt. Freiburg hat sich auf den Weg gemacht, Inklusion  
342 im Bildungsbereich umzusetzen. Aktuell ist eine inklusive Beschulung jedoch erst an wenigen,  
343 ausgewählten Schulen im ganzen Stadtgebiet möglich.

344

345 Wie die Fachdiskussion in ganz Deutschland zeigt, fühlen sich Lehrende und Eltern in vielen Fällen  
346 mit dem Thema alleingelassen und stoßen allerorts auf Hindernisse und Barrieren bei der Umsetzung.  
347 Viel zu viel großartiges Engagement von vielen motivierten Menschen wird im  
348 Paragraphendschungel und durch fehlende Kooperation von Behörden und Gesetzgebenden  
349 aufgerieben. Wir wollen daher eine ehrliche und ernsthafte Diskussion über den aktuellen  
350 Umsetzungsstand unter Einbeziehung der Menschen, die tagtäglich mit der Umsetzung betraut sind,  
351 also mit den Lehrenden, den Eltern und natürlich auch den Kindern selbst.

352

353 Wir wollen Frustrationen vermeiden und dafür Sorge tragen, dass das Thema Inklusive Beschulung  
354 mit der notwendigen Sensibilisierung unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Beteiligten  
355 weiter vorangetrieben wird.

356

357 **Unser Ziel ist eine Quartiersnahe inklusive Beschulung im gesamten Stadtgebiet.**

358

359 Wir fordern deshalb:

- 360 • Regelmäßige Einbeziehung der Beteiligten mittels runder Tische und anderer  
361 niederschwelliger Angebote.
- 362 • Vielfältige Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulleitungen zum Thema, welche  
363 als Arbeitszeit anzurechnen, aber auch verpflichtend sind.
- 364 • Supervisions- und Prozessbegleitungsangebote für Schulen, die Inklusion bereits umsetzen.
- 365 • Eine Anpassung des Betreuungsschlüssels an die tatsächlichen Gegebenheiten.
- 366 • Schulbegleitung für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf, unabhängig von der Art  
367 der Behinderung.
- 368 • Die Einbeziehung der Sonderschulen unter Berücksichtigung des dort gebündelten  
369 Fachwissens, um jedem Kind das für ihre/ seine Situation bestmögliche Angebot zur  
370 Verfügung zu stellen.
- 371 • Ein eigenes Budget für Inklusion an jeder Schule, welches von der Schulleitung individuell  
372 und niederschwellig eingesetzt werden kann.



## Teilhabe, Inklusion, Vielfalt

- 373 • Die Vereinfachung der Finanzierung des sehr komplexen Hilfesystems, Beispiel Pforzheim  
374 oder Enzkreis.
- 375 • Den konsequenten Ausbau inklusiver Schulangebote. Ziel ist eine Quartiersnahe inklusive  
376 Beschulung im gesamten Stadtgebiet.
- 377 • Angemessene Betreuung der Kinder mit Behinderung nach dem Unterricht. Hierzu braucht  
378 es passende Unterstützung.
- 379 • Strukturen, die Jugendliche nach dem Schulabschluss auf dem Weg zu einer Ausbildung  
380 begleiten. Bei jungen Menschen mit Behinderung verzögert sich dieser Übergang häufig.
- 381 • Den konsequenten barrierefreien Neu- und Umbau sämtlicher Schulen unter  
382 Berücksichtigung des Mehrbedarfes an Räumlichkeiten, um gute inklusive Beschulung  
383 umsetzen zu können.

384  
385 Wir wollen Schulen dabei begleiten, ihren Schultag später zu beginnen und damit den morgendlichen  
386 Berufsverkehr entzerren und sich besser an die biologische Uhr von Schüler\*innen, insbesondere  
387 Teenager\*innen anpassen.

388  
389 Inklusion beginnt bereits in der Kindergarten Grippe und in der Kindertagesstätte. Auch werden dort  
390 die grundlegenden Einstellungen zu unserem Staat vermittelt. Deshalb ist neben Inklusion auch  
391 Demokratiebildung ein wichtiger Bestandteil der Qualität von Kindertageseinrichtungen.

392  
393 **Wir fordern daher:**

- 394 • Sensibilisierung für Inklusion beginnt in der Kita. Die gesellschaftliche Bedeutsamkeit der  
395 Kitas als erste außerhäusliche Institution in Bezug auf die Entwicklung funktionierender  
396 Inklusion und Selbstverständlichkeit von Heterogenität sollte mehr ins Bewusstsein rücken.
- 397 • Fort- und Weiterbildungen. Kitas in öffentlicher und privater Trägerschaft sollen  
398 Hilfestellung bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion erhalten. Dies kann durch  
399 Fortbildungen, z.B. zum Thema „Inklusive Konzepte“, „Inklusive Pädagogik“ etc. geschehen.  
400 So können durch Information und Diskussion Unsicherheiten und Ängste abgebaut, sowie  
401 Konzeptionen für die jeweilige Einrichtung erarbeitet werden. Es sollte die Möglichkeit einer  
402 externen Prozessbegleitung geben.
- 403 • Es reicht nicht aus, die bisherigen Teams aus Erzieher\*innen fortzubilden, es braucht  
404 multiprofessionelle Teams auch mit Fachkräften mit heilpädagogischen Kenntnissen/  
405 Ausbildung. Statt „Einzelfälle“ zu fördern, entstehen durch eine entsprechende Finanzierung  
406 Inklusion begünstigende Strukturen.
- 407 • Modellkitas sind geeignet, den Übergang zu einer möglichst wohnortnahen Betreuung zu  
408 unterstützen.
- 409 • Demokratiebildung als Qualitätsmerkmal in die Konzepte der Kindertageseinrichtungen  
410 verpflichtend aufzunehmen.

411  
412

## 413 Mehr Unterstützung für Pflegekinder und Pflegeeltern

414  
415 Wir unterstützen die Forderungen der Initiative Nestwärme, die wir im Folgenden übernehmen und  
416 an dieser Stelle in eigenen Worten wiedergeben. Sie zeigen eindrücklich, dass Freiburg ein  
417 umfassendes Konzept für die Betreuung von Pflegekindern durch Vollzeit-Pflegeeltern benötigt und  
418 fordern, dass sich hier rasch etwas tut, um dem riesigen Engagement, welches Pflegeeltern erbringen  
419 Rechnung zu tragen. Wir wünschen uns, dass sich auch weiterhin genügend engagierte Familien  
420 finden, die bereit sind, ihre Liebe und ihr Heim mit einem inobhutgenommenen Kind zu teilen. Um  
421 dies zu fördern, und im Sinne des Kindeswohls zu handeln, benötigen Pflegefamilien eine umfassende  
422 Begleitung und kompetente fachliche Unterstützung.

423

424 Wir fordern deshalb:

- 425 • Einen Pflegekinderfachdienst (PKD), der Pflegeverhältnisse anbahnt und Pflegekinder  
426 kontinuierlich durch Fachkräfte begleitet.
- 427 • Kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegefamilien, koordiniert über den PKD.
- 428 • Supervision von Pflegefamilien, begleitende Angebote zu Beginn des Pflegeverhältnisses  
429 (Bsp. Fife angeboten vom Landratsamt Emmendingen für Pflegefamilien).
- 430 • Möglichkeiten der Entlastung für Pflegefamilien (Auszeitmöglichkeiten am Beispiel von  
431 Haus Trampelpfad Singen, Förderung der Vernetzung von Pflegefamilien zur gegenseitigen  
432 Unterstützung).
- 433 • Unterstützung von Pflegekindern und Pflegeeltern in der schwierigen Phase der Pubertät (z.B.  
434 befristeter Auszug des Pflegekindes aus der Pflegefamilie, Inanspruchnahme von  
435 Erziehungsbeistandschaften, Einschalten erfahrener Begleitpersonen oder eines  
436 Interventionsteams, Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für Pflegekinder).
- 437 • Aufklärung und Beratung der Pflegefamilien.
- 438
- 439

## 440 Kinder und Jugendliche beteiligen

441

442 Kinder lernen Demokratie bereits in der Kita, wenn diese entsprechende Konzepte hat. Kinder und  
443 Jugendliche haben ein Recht an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt zu werden.

444

445 Teilhabe für junge Menschen an politischen Entscheidungen. Obwohl wir mit dem 8er Rat in Freiburg  
446 auf einem guten Weg sind, müssen wir weiterhin Anstrengungen unternehmen um Beteiligung  
447 auszubauen und Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen und auch städtische Behörden so zu öffnen,  
448 dass Planung (Schulhausneubau, Spielplätze, Stadtteile, ...) nicht über, sondern mit Kindern und  
449 Jugendlichen erfolgen.

450

451 Wir verstehen Demokratie nicht nur als eine Staatsform, sondern als eine Lebensform. Demokratie  
452 umfasst alle Bereiche des Lebens, ob nun in der Wirtschaft, in der Schule oder in der Stadt.

453

### 454 Wir fordern deshalb:

- 455 • Eine regelmäßige Kinderseite im Amtsblatt.
- 456 • Angebote in neuen Medien, die den Beutelsbacher Konsens berücksichtigen.
- 457 • Aufnahme der Beteiligung in die Vorlagen der Stadtverwaltung.
- 458 • Ausweitung des 8er Rates und mindestens die Einbeziehung einer Förderschule.
- 459 • Bessere Mittelausstattung für Kinder- und Jugendbüros.
- 460 • Politische Bildung als Aufgabe der Jugendzentren.
- 461 • Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule.

462

## 463 Zusammen Arbeiten und Teilhabe durch clevere Technik

464

465 Menschen mit Behinderung sind noch immer wesentlich öfter von Arbeitslosigkeit betroffen.

466

467 Wir fordern neue Konzepte unter Berücksichtigung der neugeschaffenen Möglichkeiten des  
468 Bundesteilhabegesetzes, um Menschen mit Behinderung den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt zu  
469 ermöglichen. Dies ist über das Budget für Arbeit möglich, neue Konzepte lassen sich aber auch über  
470 die in § 60 SGB IX geschaffenen anderen Leistungsanbieter umsetzen.

471

472 Mit diesem Instrument können ganz neue Formen von Zusammenleben geschaffen werden. So  
473 können z.B. auch Menschen, die momentan einen Förder- und Betreuungsbereich einer Werkstatt für  
474 Menschen mit Behinderung besuchen künftig in einem Café oder einem Ladengeschäft mitarbeiten,  
475 wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sind und die Inhaber\*innen dazu bereit sind. So können  
476 ganz neue, inklusive Formen des Zusammenlebens entstehen. Dabei ist es nicht relevant, ob der  
477 Mensch mit Behinderung tatsächlich so genannte verwertbare Arbeit leistet, sondern, dass sie/ er sich  
478 ganz normal in der Gesellschaft bewegen kann und darf und nicht täglich in eine Sondereinrichtung  
479 gehen muss.

480

481 Gerade Menschen, welche nicht in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten können  
482 und nicht in eine Tagesstruktur gehen wollen, brauchen die Möglichkeit auf eine Alternative.

483

### 484 Wir fordern deshalb:

- 485 • Eine Vorreiterrolle der Städtischen Unternehmenden bei der Einstellungsquote von Menschen  
486 mit Behinderung, 5 % sind keine Obergrenze!
- 487 • Eine Kampagne, um die neuen gesetzlichen Möglichkeiten (Budget für Arbeit und andere  
488 Leistungsanbieter) einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

## Teilhabe, Inklusion, Vielfalt

- 489 • Aktive, auch finanzielle Förderung von innovativen Ideen durch die Stadt Freiburg  
490 insbesondere in strukturell unterversorgten Stadtteilen (Beispiel: CAP Markt).
- 491 • Einstellung von Menschen mit Behinderung soll ein weiteres Kriterium bei der Vergabe von  
492 städtischen Fördermitteln bei der Wirtschaftsförderung sein.
- 493 • Die Stadt soll Start-Ups, welche neue Integrationsangebote oder Geschäftsmodelle haben  
494 fördern.
- 495 • Diese neugeschaffenen Möglichkeiten der Teilhabe, siehe oben, bekannt zu machen.
- 496 • Niederschwellige Beratungsangebote für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung.
- 497 • Sharing Konzepte für selten benötigte Güter im Privathaushalten und Kleinunternehmende zu  
498 entwickeln.

### 500 Teilhabe durch Technik

501 Technische Innovationen, wie etwa Sprachassistent\*innen wie Alexa bieten für Menschen mit  
502 Behinderung die Möglichkeit ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten. So kann eine blinde Person  
503 etwa Alexa fragen, wie das Wetter sein wird oder wann die Straßenbahn fährt. Aber dafür muss Alexa  
504 oder ein anderer Dienst wissen, wann die Bahn fährt. Obwohl Freiburg mit über 300 offenen  
505 Datensätzen führend ist und etwa die statischen Fahrplandaten offen legt, liegen in der  
506 Stadtverwaltung Freiburg noch zahlreiche Datensätze. Auch sind viele Schnittstellen zu Live Daten  
507 nicht oder nur versteckt dokumentiert.

508

### 509 Wir fordern deshalb:

- 510 • Dokumentation der Schnittstellen für Live Daten, besonders im Verkehrsbereich, bei der  
511 VAG und den Parkhäusern.
- 512 • Überwachung der Funktion von Aufzügen und live Darstellung auf einer Karte und App, wie  
513 es in anderen Städten bereits Standard ist. Dies nutzt nicht nur Menschen, die auf einen  
514 Rollstuhl angewiesen sind, sondern auch Personen mit Kinderwagen oder dem  
515 Rettungsdienst.
- 516 • Veröffentlichung weiterer Datenbestände durch die Stadt Freiburg wie beispielsweise von  
517 Hygienedaten, Lärmkarten, und ähnlichem.
- 518 • Zusammenarbeit mit Diensten wie fragdenstaat.de. Anfragen nach dem  
519 Landesinformationsfreiheitsgesetz sollen auch digital beantwortet werden können.

520

### 521 Teilhabe durch Zugang zu digitalen Möglichkeiten

522 Die Möglichkeit von zuhause zu Arbeiten ist gerade für mobilitätseingeschränkte Personen oder für  
523 Eltern wichtig, daneben reduziert sie Pendelfahrten. Noch immer ist es in vielen Teilen der Stadt  
524 schwierig schnelles Internet, daher mindestens 400 M/bit oder mehr zu bekommen. In Zukunft wird  
525 ein schneller, kostengünstiger Internet Zugang mit 400 M/bit oder mehr aber für viele, auch kleine  
526 Wirtschaftsunternehmen, Arztpraxen, Selbstständige oder Home Office notwendig sein.

527

528 Viele Menschen mit Behinderung können physisch nicht jeden Ort erreichen, natürlich sollen alle  
529 städtischen Einrichtungen barrierefrei zugänglich sein. Bis das aber soweit ist, wollen wir zumindest  
530 die Möglichkeit einer Telepräsenz geben und möglichst viele städtische Einrichtungen und  
531 Dienstleistungen über das Internet zugänglich machen.

532

### 533 Wir fordern deshalb:

- 534 • Recht auf Mindestens 400 M/bit für Endkund\*innen in allen Teilen der Stadt.
- 535 • Glasfaser Endkundenausbaue durch städtische Tochtergesellschaften, wenn es kommerzielle  
536 Anbietende nicht schaffen, auch für Privatkunden und in jedes Haus.
- 537 • Kostenfreies WLAN als Teilhabeangebot in Quartieren.
- 538 • Qualifizierungsangebote, damit jede\*r die Chancen kennt und mit den Risiken umgehen kann.

## Teilhabe, Inklusion, Vielfalt

- 539 • Internet der Dinge Anwendungen die Menschen mit Behinderung das Leben erleichtern, wie  
540 Aufzugüberwachung oder öffentliche Dienstleistungen, wie den Nahverkehr, effizienter zu  
541 machen.  
542 • Einen Projektfonds um Barrierefreiheit bei digitalen Angeboten der Stadt zu Entwickeln.  
543 • Förderung für innovative und digitale Teilhabemöglichkeiten, etwa für  
544 Sprachassistent\*innen.  
545

## 546 Bürger\*innen teilhaben lassen

- 547  
548 Sprache ist ein Schlüssel zur Teilhabe.  
549  
550 Menschen finden es aus unterschiedlichen Gründen schwierig am politischen Geschehen teilzuhaben,  
551 daraus entsteht Frust und Ablehnung, ja zum Teil sogar die die Hinwendung zu populistischen  
552 Gruppen.  
553

### 554 Wir fordern deshalb:

- 555 • Regelmäßige Informationen über wichtige politische Beschlüsse in leichter Sprache.  
556 • Wahlinformationen der Parteien in leichter Sprache.  
557 • Zugang zu den wesentlichen Verwaltungsdienstleistungen in englischer Sprache.  
558 • Informationen für gehörlose Menschen und mit induktiven Höranlagen ausgestattete Schalter.  
559 • Niederschwellige Informations- und Beteiligungsangebote für Erwachsene.  
560 • Die Entwicklung neuer Formate für Beteiligung.  
561

## 562 Umgang mit der AfD und Rechtspopulismus

- 563  
564 Möglicherweise wir die AfD in den Stadtrat einziehen, bereits vorher werden ihre Thesen das  
565 gesellschaftliche Klima in unserer Stadt belasten. Auch in der Vergangenheit gab es in der Freiburger  
566 Kommunalpolitik Kräfte, welche sich rechtspopulistisch verhalten haben.  
567  
568 Wir positionieren uns klar gegen jegliche Art von Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit,  
569 Homophobie und Diskriminierung und lehnen jede Zusammenarbeit mit diesen Gruppen ab.  
570  
571 Wir fordern alle Gruppierungen auf wachsam zu sein, denn häufig fließt ihr Denken unbeobachtet in  
572 unsere Sprache und Handeln ein.  
573  
574 Wir wollen mehr Mittel für politische Bildung ausgeben, mehr Mittel um Fake News richtig zu stellen  
575 und aufklären, wenn eine Gruppierung versucht, mit demokratischen Mitteln die Demokratie  
576 auszuhöhlen. Wir wünschen uns, dass alle Fraktionen im Gemeinderat sich eindeutig positionieren  
577 und hoffen auf ein breites Bündnis gegen Rechts.  
578  
579

## 580 Gemeinsam geht es weiter

- 581  
582 Dieses Wahlprogramm verstehen wir als eine Diskussionsgrundlage. Schon jetzt fallen uns Punkte  
583 ein, die wir vergessen haben oder bei denen wir noch mehr hätten fordern und schreiben können.  
584  
585 Wir werden auch nach dem Beschluss des Wahlprogramms gemeinsam weiterdenken und bei Bedarf  
586 konkretisieren.  
587

588 Sie sind eingeladen durch ihren Beitrag unsere Stadt besser zu machen.